53. Jahrgang. № 340. Mittwoch, 9. Dezember 1908.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,60 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif [illegible] Zeile 25 Pf., Familien [illegible] Dresden 20 Pf. [illegible] Zeile 50 Pf., auswärtige [illegible] Zeile 60 Pf., [illegible] Zeile 75 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

**Lobeck & Co.** Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 7.

**Techn. Gummiwaren** für alle Arten Betriebe. Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc. Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik, Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

**Biesolt & Lockes Meissner Nähmaschinen** haben Weltruf! Haupt-Niederlage bei M. Eberhardt, Mechaniker Dresden, Marienstrasse 14. Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

Vornehmste Neuheiten in Leder-Damentaschen **Adolf Näter,** Prager Strasse 26. Damengürtel. Pompadours.

**Bruchbänder und Leibbinden** sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt **Carl Wendschuchs Etablissement** **Struvestrasse 11.**

## Für eilige Leser.

**Mutmaßliche Witterung:** Mild, trübe.

**Prinz Ernst Heinrich** wird heute als Leutnant in das Leib-Grenadier-Regiment eingestellt.

In Grünhainichen ist eine **Interimsbrücke eingestürzt**; 12 Personen sind dabei verunglückt.

In der Gemütsstimmung des **Kaisers** macht sich eine auffällige Depression bemerkbar.

Als ausländischen Schiedsrichter in der **Casablanca-Frage** hat Deutschland den italienischen Staatsrat Fusinato gewählt.

In Wiener diplomatischen Kreisen verlautet von einer **Vermittlungsaktion Rußlands und Oesterreichs** in Sachen des Konferenz-Programms.

Die französische Deputiertenkammer hat den § 1 des Art. 1 des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Strafgesetzbuches, der die **Todesstrafe aufrechterhält**, angenommen.

**Präsident Roosevelt** hat an den Kongreß eine Botschaft über die wirtschaftliche und politische Lage der Vereinigten Staaten gerichtet.

Der **Außenhandel Englands** ist im Laufe der letzten 11 Monate um 99 Millionen Pfund Sterling zurückgegangen.

## Die Ausführungen des Reichskanzlers über unsere auswärtige Politik

machen unverkennbar einen resignierten Eindruck, der sich aus der unbezweifelbaren Tatsache erklärt, daß unser internationales Konto in der letzten Zeit allzu reichlich mit „Mißverständnissen, Enttäuschungen und Gefahren", wie der freisinnige Abgeordnete Dr. Wiemer in seiner recht verständig gehaltenen Rede feststellte, belastet worden ist. Fürst Bülow ließ sich bei seinen Darlegungen augenscheinlich von dem Bestreben leiten, beruhigend zu wirken, kaum verharschte Wunden nicht aufs neue aufzureißen und den Dingen nach Möglichkeit die für uns beste Seite abzugewinnen. Dieses vielleicht etwas zu lebhaft zur Schau getragene Bemühen beeinträchtigte die Großzügigkeit der Bülowschen Rede und verlieh ihr einen matten Anstrich. Es hat Zeiten gegeben, die noch nicht weit zurückliegen, wo der Reichskanzler auch in kritischen Lagen vollere Töne anzuschlagen verstand. Als die englische Gefahr für uns den Höhepunkt erreicht hatte und die Isolierung Deutschlands in der Weltpolitik dank der rastlosen Intrigen Englands besiegelt zu sein schien, sprach sich Fürst Bülow darüber im Reichstage mit Worten aus, deren metallene Schärfe ein mächtiges Echo im In- und Auslande hervorrief und auf allen Seiten die Ueberzeugung befestigte, daß unsere nationale Kraft und Lebenszuversicht selbst dann nicht gebrochen werden könnte, wenn eine Welt gegen uns in Waffen starrte. Selbstverständlich ist das auch heute noch nicht anders, und der konservative Redner Graf Kanitz hatte völlig recht mit seinem Hinweise, daß das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrheit in allen Fragen der auswärtigen Politik geschlossen hinter unserer Regierung steht. Für die Wirkung auf das Ausland aber kommt doch sehr viel darauf an, daß die Uebereinstimmung zwischen Volk und Regierung in auswärtigen Angelegenheiten auch in nachhaltiger Art durch das Parlament und den verantwortlichen obersten Beamten des Reiches zum Ausdruck gelangt, und in dieser Hinsicht läßt sich leider von den letzten deutschen Kundgebungen nicht gerade viel Gutes sagen. Die auswärtige Debatte des Reichstages und die Darlegungen des Reichskanzlers fallen um so mehr ab, wenn man an sie den Maßstab des Vergleiches mit den auf die auswärtige Politik bezüglichen Verhandlungen legt, die unmittelbar vorher in der französischen und in der italienischen Deputiertenkammer gepflogen worden sind, und die sich gleichermaßen durch das nationale Verständnis der parlamentarischen Mehrheit wie durch die Höhe der von den leitenden Ministern entwickelten Gesichtspunkte auszeichneten. Der deutsche Reichstag ist ja leider bekanntermaßen in der tiefgründigen und weitausschauenden Behandlung der Probleme der auswärtigen Politik noch um ein mächtiges Stück hinter den Parlamenten Englands, Frankreichs und Italiens zurück und zeigt auch in diesen Fragen dieselbe Neigung, die ihm auf innerpolitischem Gebiete den Titel einer „Halle der Wiederholungen" eingetragen hat. Es kann nicht ausbleiben, daß die mangelnde Schulung des Reichstages in auswärtigen Angelegenheiten im gewissen Sinne auch die Stellung des Reichskanzlers bei der Erörterung internationaler Fragen erschwerend beeinflußt, und insofern müssen dem Kanzler mildernde Umstände zugebilligt werden, wenn er dieswal bei der augenscheinlichen Stimmungslosigkeit der Volksvertretung nicht besonders gut abgeschnitten hat. Auffällig bleibt aber jedenfalls die ungewöhnliche Schwunglosigkeit in der Rede des Fürsten Bülow, der Mangel an nationalem Elan, der zur Folge hat, daß nur ein ganz farbloses, weder optimistisch, noch pessimistisch gehaltenes Bild herauskommt, das den patriotischen Sinn schlechterdings unbefriedigt lassen muß.

In erster Linie wird es in nationalen Kreisen allgemein wundernehmen, daß der Kanzler um unser doch so brennendes Verhältnis zu England wie die Katze um den heißen Brei herumgegangen ist. Vielsagend genug ist ja freilich dieses Schweigen; immerhin wäre doch ein klares und präzises Wort zur Bezeichnung des deutschen Standpunktes erwünscht gewesen. Die leitenden englischen Staatsmänner genieren sich ja auch nicht, sondern sprechen sich fortgesetzt über die deutsche Nachbarschaft in einer Weise aus, die rücksichtslos vom englischen Interessenstandpunkte diktiert wird. Warum soll unsere leitende Stelle nicht das Gleiche tun und mit einigen markigen Zügen den Kern unserer nationalen Haltung gegenüber England darlegen? Das Gegenteil kann lediglich dazu beitragen, daß man uns im Auslande Beweggründe von Schwäche und Leisetreterei unterlegt. In dieser Hinsicht darf jedenfalls der Einfluß einer gesunden „Prestigepolitik", vor deren Ueberschätzung der Kanzler im übrigen mit Recht warnte, nicht zu gering angeschlagen werden. Nicht übermäßig glücklich ist ferner, was Fürst Bülow über unser Verhältnis zu Frankreich bemerkte. Die Art des Kanzlers, über eine so schwerwiegende Frage, die unser nationales Empfinden aufs tiefste erregt hat, gewissermaßen mit einer leichten Handbewegung und einem Bonmot hinweg zu gleiten, wird schwerlich den berechtigten Erwartungen unserer nationalen Politiker genügen. Uebrigens muß Fürst Bülow selbst zugeben, daß das marokkanische Problem noch immer mancherlei Schwierigkeiten in sich birgt. Ob es den angeblichen Berührungspunkten, welche die orientalische Frage zwischen uns und Frankreich geschaffen hat, gelingen wird, die noch im Schoße der Zukunft lauernden marokkanischen Gefahren gründlich unwirksam zu machen, muß die Zukunft lehren. Verwicklungsmöglichkeiten sind noch genug vorhanden, angesichts deren unsere Diplomatie sich stets bewußt bleiben muß, daß unser Verhältnis zu Frankreich die allerempfindlichste Stelle unserer auswärtigen Beziehungen darstellt. Was Fürst Bülow über unsere Stellung zur Türkei sagt, kann unterschrieben werden, soweit die Betonung der deutschen wirtschaftlichen Interessen und des Umstandes, daß Deutschland im nahen Orient nicht zu den politisch führenden Mächten gehört, in Betracht kommt. Bei den vielfachen aus nationalen Kreisen kundgegebenen Zweifelsäußerungen, ob unsere Diplomatie in Konstantinopel gegenüber den letzten Ereignissen überall genügend auf dem Posten gewesen ist, wird aber in den Auslassungen des Fürsten Bülow über diesen Gegenstand eine Versicherung vermißt werden, daß künftig der deutsche Einfluß in Stambul mit aller Energie zur Geltung gebracht werden soll. Ein solcher Hinweis wäre um so nötiger gewesen, als die Zurückdrängung Deutschlands bei der Pforte durch das planmäßige gemeinsame Vorgehen Englands, Frankreichs und Rußlands eine Tatsache ist, die sich nicht ableugnen läßt.

Bleibt endlich als springender Punkt in der Rede des Reichskanzlers die nachdrückliche Erklärung, daß Deutschland getreulich an der Seite seines österreichischen Verbündeten ausharren wird. Diese Stelle der Rede wurde ebenso mit lebhaftem Beifall aufgenommen wie diejenige, wo der Kanzler seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck gab, daß die alten traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland aufrecht erhalten bleiben müßten. Zweifellos entspricht das Bundesverhältnis zu Oesterreich sowohl wie die Freundschaft mit Rußland dem deutschen nationalen Volksempfinden. Die Frage ist nur, inwieweit die Macht der Tatsachen es uns ermöglichen wird, nach beiden Seiten hin unsere Wünsche zu befriedigen. Von Rußland ist bekannt, daß es sich neuerdings in augenfälliger Weise den Westmächten Frankreich und England genähert hat. Herr Iswolski hat sogar ganz unumwunden den bevorstehenden Abschluß eines formellen Bündnisses zwischen Rußland, England und Frankreich angekündigt und dieser Erklärung die bemerkenswerte Begründung hinzugefügt, daß Deutschland die österreichische Balkanpolitik jetzt noch intensiver unterstütze. Darin liegt, unbeschadet der von Herrn Iswolski dem Reichskanzler gegebenen Versicherung von der Nichtexistenz einer gegen Deutschland gerichteten russisch-englischen Abmachung, für uns ein Fingerzeig, daß auch unser Zusammengehen mit Oesterreich in der Balkanfrage eine Grenze hat, die durch unser eigenes nationales Interesse bezeichnet wird. Fürst Bülow berief sich auf die Autorität des Fürsten Bismarck, um zu beweisen, daß es dem Geiste seiner Politik widersprechen würde, wenn wir uns jetzt aus Anlaß der tschechischen Ausschreitungen gegen Deutsche in die inneren Gegensätze und Streitigkeiten Oesterreichs einmischen wollten. Das ist gewiß richtig. Ebenso richtig aber ist es auch, daß Fürst Bismarck stets davor gewarnt hat, unsere Politik mit der österreichischen weiter zu verketten, als es der Inhalt des Bündnisvertrages erfordert, sofern das realpolitische deutsche Interesse dadurch eine Einbuße erleiden würde. Dieser Gesichtspunkt wird auch bei der ferneren Behandlung der Orientfrage durch Deutschland den Ausschlag geben müssen. Wenn wir zunächst in der Konferenzfrage mit Oesterreich Hand in Hand gehen, so ist dagegen nichts einzuwenden. Was aber weiter von unserer Seite zu geschehen hat, darüber kann und darf nicht einseitig das Bestreben entscheiden, uns als den treuen Freund unserer Freunde zu zeigen, sondern wir werden dabei ruhig und unbeirrt dem Leitstern unseres nationalen Vorteils zu folgen und uns vor allen Abschweifungen zu hüten haben, die uns nach einer für uns schädlichen Richtung über unsere Bündnispflichten hinausführen könnten. Am sichersten werden wir allezeit in der internationalen Politik gebettet sein, wenn die Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten nach dem vom Fürsten Bülow selbst aufgestellten Grundsatze verfährt, die deutschen Interessen zu wahren, und in dessen Betätigung auf der ganzen Linie unserer internationalen Beziehungen konsequent und zielbewußt vorgeht.

## Neueste Drahtmeldungen vom 8. Dezember.

### Zur Rede des Reichskanzlers Fürsten Bülow.

**Rom.** „Popolo Romano" schreibt: Die Rede des Reichskanzlers sei eine gute Tat, weil sie der öffentlichen Meinung Europas, die augenblicklich von einer Strömung der Ungewißheit beherrscht wird, Erleichterung verschaffte.

**Paris.** (Priv.-Tel.) „Gaulois" findet, daß die Rede friedlich sei. Er hebt mit besonderer Genugtuung den Schlußsatz hervor, der die auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Anstrengungen Deutschlands betrifft: Das seien ausgezeichnete Absichten, von denen Frankreich gern Kenntnis nehme. — Der „Radical" meint, es hat nicht erst der Rede des Fürsten Bülow bedurft, um hinter Oesterreich den Schatten des großen Deutschen Reiches zu erblicken. Jedenfalls könne man feststellen, daß von den beiden verbündeten Mächten Mitteleuropas bezüglich der Orientkrisis ein einiges Vorgehen beobachtet wird. — Die sozialistisch-radikale „Action" meint, der Reichskanzler habe in sehr richtiger Weise die französisch-deutschen Beziehungen gekennzeichnet. In der Tat müsse der gesunde Menschenverstand, der ebenso frei von Selbsttäuschung wie von Haß sei, für die Beziehungen der beiden Länder maßgebend sein. Unter Hinweis auf das russisch-englische Einvernehmen schreibt das Blatt: Wenn man sich von London nach Petersburg verständigen kann, ohne dabei auf Deutschland anzuspielen, so sehen wir nicht ein, warum die Unterredung eine aggressive Bedeutung bekommen solle, wenn sie via Paris geführt wird. Wir fühlen keinerlei Beruf als Blitzableiter in uns.

### Eine Botschaft Roosevelts.

**Washington.** Präsident **Roosevelt** hat dem Kongreß eine **Botschaft** zugehen lassen, in der es heißt: Die **Finanzlage** des Landes ist zurzeit ausgezeichnet und die Finanzpolitik der Regierung hat in den letzten sieben Jahren die befriedigendsten Ergebnisse gezeitigt. Doch ist unser Geldumlaufsystem mangelhaft, und es muß ernstlich gehofft werden, daß die Kommission für den Geldumlauf imstande sein wird, ein durchaus gutes System vorzuschlagen, das die bestehenden Mängel beseitigen wird. In dem Zeitraum vom 1. Juli 1901 bis 30. September 1908 hat sich ein Ueberschuß von fast 100 Millionen Dollars ergeben, ferner eine Verringerung der verzinslichen Schuld um 90 Millionen — und zwar trotz der außerordentlichen Ausgaben für den Panamakanal — und endlich eine Ersparnis von fast 9 Millionen an den jährlichen Zinsen. Dies ist ein außerordentlich befriedigendes Ergebnis, besonders wenn man erwägt, daß während dieses Zeitraums das Land niemals gezögert hat, irgendeine Ausgabe zu machen, die es für nötig erkannte. Ferner sind während dieses Zeitraums keine neuen Steuern eingeführt worden, keine der bestehenden Steuern ist erhöht, im Gegenteil, einige Steuern sind abgeschafft worden. Was die an dem zwischenstaatlichen Geschäftsverkehr beteiligten **großen Gesellschaften**, besonders aber die Eisenbahnen, anlangt, kann ich nur wiederholen, was ich immer und immer wieder in meinen Botschaften an den Kongreß gesagt habe. Ich glaube, daß es schlimmer als töricht ist,